



DE OLHO
NOS RURALISTAS
The Agribusiness Watch



EU-MERCOSUR-FREIHANDELSABKOMMEN

Keine Bürgerbeteiligung und Rechte,
dafür Kahlschlag der Wälder



INHALT

Kurzfassung

- ❶ Lobby der Agrarindustrie beeinflusst Verhandlungen
- ❷ Organisationen beklagen Menschenrechtsverletzungen
- ❸ Expansion der Agrarindustrie bedroht traditionelle Gemeinschaften
- ❹ Handelsabkommen ebnet den Weg für in Europa produzierte Pestizide
- ❺ Wissenschaftler kritisieren fehlende Durchsetzungsmassnahmen

Quellenangaben

IMPRESSUM

Konzept und Herausgeber:
Rettet den Regenwald

Autor: Bruno Stankevicius Bassi

Co-Autoren: Agribusiness Watch/De Olho
nos Ruralistas und Rettet den Regenwald

Recherche: Roberto Lameirinhas und
Alexandra Martins Gonzaga

Koordinierung und Redaktion: Guadalupe
Rodríguez und Klaus Schenck

Portugiesische Rezension: Alceu Luis Castilho
Englische Rezension: John Haydushka

Deutsche Rezension: Klaus Schenck

Spanische Rezension: Guadalupe Rodríguez

Grafische Gestaltung: Nicole Obermann

Fotos: Titel: Felipe Werneck/Ibama/
www.flickr.com, Survival / S.2: Paulo
Fridman/ Alamy Stock Foto, S.3: Joerg
Boethling/ Alamy Stock Foto, S.4: Angelika
Hofer, S.5: alffoto/istock.com, S.6: Apib
Comunicação/CC BY-SA 2.0, S.8/9: Brasil2/
istockphoto.com, S.10: Clemens Höges,
Brasil2/istockphoto.com, S.11: ZDF Jana
Lemme, S.12: Johann Graf

Datum: 8 Oktober 2021

Der Inhalt der Veröffentlichung liegt in
der Verantwortung des Autors wie der
interviewten Personen und gibt nicht
notwendigerweise die Position der her-
ausgebenden Organisationen wieder.

Kurzfassung

Das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur, das als „das größte Freihandelsabkommen der Welt“ bezeichnet wird, wurde am 28. Juni 2019 nach zwei Jahrzehnten Verhandlungen und Blockaden unterzeichnet. Im Rahmen des zwischen den Parteien vereinbarten Textes, dessen Ratifizierung durch das Europäische Parlament, die 26 EU-Mitgliedstaaten und die vier Mercosur-Länder noch aussteht, hat sich die Europäische Union verpflichtet, die Zölle für 91 % der Mercosur-Produkte abzuschaffen, was die Ausfuhr von Agrarprodukten wie Rindfleisch, Soja und Ethanol aus v.a. Zuckerrohr den wichtigsten Exportgütern des Mercosur, direkt begünstigt.¹

Die Liberalisierung des Handels hat jedoch bei den südamerikanischen und europäischen Zivilgesellschaften die Befürchtung geweckt, dass der Nachfragedruck die Abholzung und das Eindringen in indigene Territorien nicht nur im Amazonas-Regenwald, sondern auch in anderen bedrohten Biomen der Region, wie der Cerrado-Savanne, dem Pantanal-Feuchtgebiet, dem Atlantischen Küstenregenwald und dem Trockenwaqld Gran Chaco, weiter fördern könnte.

Solche Bedenken haben klare Gründe. Im Juni 2019, während das Abkommen in Brüssel ausgehandelt wurde, verzeichnete das brasilianische Nationale Institut für Weltraumforschung (Inpe) die Abholzung von 920,4 Quadratkilometern Vegetation im Amazonasgebiet. Mit einem Anstieg von 88 % gegenüber dem Juni 2018 war es die dritthöchste monatliche Rodungsfläche in einer historischen Reihe, die 2015 begann.² Der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro ignorierte jedoch die Kritik und mobilisierte seine Basis mit nationalistischen Gefühlen, behaupteten Angriffen auf die Souveränität des Landes und prangerte eine „internationale Kampagne“ gegen ihn an.

Trotz der Einführung von sozio-ökologischen Kontrollmechanismen im Kapitel Handel und nachhaltige Entwicklung des Freihandelsabkommens, werden diese Maßnahmen immer noch als unzureichend angesehen, um das erhöhte Risiko von Abholzung und Verstößen gegen indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften zu mindern. Die Bürgerbeauftragte der EU, Emily O'Reilly³, hat öffentlich erklärt, dass die europäischen Vertreter es versäumt haben, ökologische, soziale, wirtschaftliche und menschenrechtliche Bewertungsstudien über die Folgewirkungen des EU-Mercosur Abkommens durchzuführen.

In den Expansionszonen von Ackerbau- und Viehwirtschaft beklagen brasilianische und paraguayische Organisationen die mangelnde Transparenz der Verhandlungen.

Außerdem weisen sie darauf hin, dass der Abschluss des Abkommens genau zu einer Zeit erfolgte, in der die Interessen großer kommerzieller und agroindustrieller Konglomerate von der Regierung stärker unterstützt wurden, mit dem Ziel, die Umweltgesetzgebung, traditionelle Gemeinschaften und die Grundsätze der Ernährungssicherheit zu schwächen.

Dieser Bericht basiert auf Interviews, die zwischen April und August 2021 mit Führern:innen von Basisorganisationen, Sprechern:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, Wissenschaftlern:innen und Forschern:innen aus Brasilien und Paraguay geführt wurden. Unsere Motivation war es, zu erfahren, was soziale Gruppen und Basisgruppen in Brasilien und Paraguay über das Freihandelsabkommen denken, und sagen sowie dazu beizutragen, ihre Ansichten und Standpunkte sichtbar zu machen. Ziel war es, den Forderungen der traditionellen Gemeinschaften Südamerikas eine Stimme zu geben und sie zu verbreiten, damit sie von den Verhandlungsführern beider Seiten des EU-Mercosur-Abkommens gehört werden.

Im Rahmen der Interviews wurde jedoch klar, dass viele der kontaktierten Nichtregierungsorganisationen (NRO) keine spezifische Position zum Freihandelsabkommen hatten, was deutlich macht, dass das Freihandelsabkommen nicht mit einer breiten Konsultation der Zivilgesellschaft in Südamerika und Europa vorbereitet und ausgehandelt wurde. Stattdessen haben die EU-Kommission und Regierungen der vier südamerikanischen Länder 20 Jahre lang hinter verschlossenen Türen mit Wirtschaftslobbygruppen verhandelt, ohne dass die Zivilgesellschaft in nennenswertem Umfang beteiligt worden wäre. Daher ist das Freihandelsabkommen unrechtmäßig und inakzeptabel für die Zivilgesellschaften auf beiden Seiten des Atlantiks und eine Schande für jeden demokratischen Prozess.





Lobby der Agrarindustrie beeinflusst Verhandlungen

Die Unterzeichnung des EU-Mercosur-Abkommens markierte den Höhepunkt einer konservativen politischen Wende in Südamerika. Fast 20 Jahre nachdem linksgerichtete Regierungen die Amtsgeschäfte auf dem Kontinent übernommen hatten, wurden Argentinien, Brasilien und Paraguay, die Gründungsmitglieder des Mercosur, nun gleichzeitig von rechtsgerichteten und neoliberalen Politikern regiert.⁴ Die Rückkehr der Colorado-Partei in Paraguay mit Horacio Cartes (2013-2018) an die Macht, die Wahl von Mauricio Macri (2015-2019) nach 12 Jahren Kirschnerismus in Argentinien und der Amtsantritt von Michel Temer (2016-2018) in Brasilien reaktivierten die Verhandlungen, die seit 2012 vor allem aufgrund von Unstimmigkeiten über Zollpräferenzen für Agrarprodukte ins Stocken geraten waren.⁵

Der Agrarsektor hatte als wichtigster Exportbereich des Mercosur ein unmittelbares Interesse am Abschluss des Abkommens und spielte eine wichtige Rolle beim Übergang zu rechtsgerichteten Regierungen. In Brasilien steuerte die Agrarlobby, angeführt von der parlamentarischen Agobusiness-Front, 50 % der Stimmen bei, die 2016 zur Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff führten.⁶ Und bei den Wahlen 2018 unterstützte die Gruppe den rechtsextremen Jair Bolsonaro (2019-2022) sogar in der ersten Abstimmungsrunde und ernannte sieben Minister in seiner Regierung.⁷ In Paraguay organisierten landwirtschaftliche Genossenschaften - von denen viele von brasilianischen Landwirten geführt wurden, 2012 Demonstrationen mit landwirtschaftlichen Traktoren („tractorazos“) und forderten die Absetzung von Präsident Fernando Lugo.⁸ In Argentinien organisierten führende Vertreter der Argentinischen Ländlichen Gesellschaft (Sociedad Rural de Argentina - SRA) Blockaden und Streiks gegen die Regierung von Cristina Kirchner (2007-2015) und unterstützten offen die Kandidatur von Mauricio Macri.⁹ Selbst in Uruguay, dessen Mitte-Links-Regierung auf Verhandlungen mit der Europäischen Union gedrängt hatte, wurde die Wahl des Rechtsaußen Lacalle Pou vom Landwirtschaftsverband des Landes mit Begeisterung begrüßt.¹⁰

Die direkte politische Einflussnahme des Agrarsektors in den Ländern des Mercosur war auch während der gesamten Verhandlungen über das Freihandelsabkommen

gegeben. Eine der wichtigsten treibenden Kräfte war der brasilianische Verband für Landwirtschaft und Viehzucht (Confederação da Agricultura e Pecuária do Brasil - CNA), eine Organisation, die aus 1.957 Bauernverbänden im ganzen Land besteht.¹¹ Die Lobbyarbeit für das EU-Mercosur-Abkommen wurde 2013 mit der Eröffnung eines CNA-Vertretungsbüros in Brüssel intensiviert.¹² Unter dem Vorsitz von Senatorin Kátia Abreu unternahm der Verband zusammen mit der brasilianischen Regierung bilaterale Missionen und übte Druck auf den Industriesektor und andere Länder des Blocks aus, um die Gespräche nicht länger zu verzögern. „Wir werden alle rechtlichen und demokratischen Instrumente nutzen, um die Vision einiger Sektoren der brasilianischen Industrie zu ändern“, sagte Abreu auf einem Podium in Brüssel.¹³ Aufgrund ihrer Leistungen bei den Verhandlungen wurde die Präsidentin des CNA an die Spitze des Landwirtschaftsministeriums berufen, das unter ihrer Leitung die Gespräche mit der Europäischen Union zwischen 2015 und 2016 wieder aufnahm.

Unter der Regierung von Michel Temer rief der Verband die AgroBrasilien-Allianz ins Leben, eine Gruppe von Verbänden aus dem Agrar- und Viehzuchtsektor, die sich zusammenfand, um bei Verhandlungen über Freihandelsabkommen und insbesondere bei den Diskussionen über das EU-Mercosur-Abkommen zu intervenieren.¹⁴ Zu AgroBrazil gehören neben CNA auch der brasilianische Verband der fleischexportierenden Industrien (Associação Brasileira das Indústrias Exportadoras de Carne - Abiec), der brasilianische Verband der tierischen Proteine (Associação Brasileira de Proteína Animal - ABPA), der brasilianische Verband der Pflanzenölindustrien (Associação Brasileira das Indústrias de Óleos Vegetais - Abiove), der nationale Verband der Zitrusaftexporteure (Associação Nacional dos Exportadores de Sucos Cítricos - CitrusBR), der Rat der brasilianischen Kaffeeexporteure (Conselho dos Exportadores de Café do Brasil - Cecafé), der brasilianische Verband der Milchprodukte (Associação Brasileira de Laticínios - Viva Lácteos), der brasilianische Verband der Sojaproduzenten (Associação Brasileira dos Produtores de Soja - Aprosoja) und andere an.

Diese Einrichtungen haben gemeinsam, dass sie die Geldgeber des „Agrar-Denkinstututs“ (Instituto Pensar Agro -

IPA) sind, einer Denkfabrik, die der parlamentarischen Landwirtschaftsfront (FPA), dem wichtigsten institutionellen Arm der Agrarlobby im brasilianischen Kongress, technische Unterstützung bietet. Alle Mittel des IPA sind für die Aufrechterhaltung der Aktivitäten der FPA bestimmt. Diese Mittel stammen aus den Beiträgen von mehr als 40 unterstützenden Verbänden, zu deren Mitgliedern einige der größten Agrarunternehmen des Landes gehören. Laut der Zeitschrift Forbes gehören 22 der 50 größten in Brasilien operierenden Agrarunternehmen dazu: Bayer, Basf, BRF, JBS, Syngenta, Bunge und Cargill sind darunter.¹⁵ Von dieser Gruppe von Verbänden und Instituten stammen die meisten Gesetzesentwürfe, die die Rechte der indigenen Völker missachten, die Umwelt angreifen, die Regeln für den Einsatz von Pestiziden lockern, Schutzgebiete verkleinern und den Landraub im Amazonasgebiet fördern.

Die Firmen sind auch in der Kommunikation aktiv: Im August 2020 veröffentlichte eine Initiative namens Agro-Saber einen Artikel, in dem falsche Informationen verwendet wurden, um die Demarkierung indigener Landflächen anzugreifen und die These einer „zeitlichen Markierung“ zu fördern, die derzeit vor dem Obersten Gerichtshof geprüft wird.¹⁶ Die Initiative wird von der brasilianischen Vereinigung der Baumwollproduzenten (Associação Brasileira de Produtores de Algodão - Abropa), einem Mitglied des IPA, und von CCAB, einem brasilianischen Unternehmen, das 2019 von der französischen Gruppe InVivo gekauft wurde, finanziert.¹⁷ Als die zunehmende Abholzung und die Waldbrände im Amazonasgebiet und im Pantanal bei den EU-Unterhändlern die ersten Vorbehalte gegen Bolsonaros Umweltpolitik auslösten, übernahmen die IPA und ihre parlamentarische Front die Führung und begannen, in der brasilianischen Außenpolitik das Narrativ zur Verteidigung des Agrobusiness zu formulieren.^{18 19}

Ihr Narrativ, das eine Mischung aus allgemeinen Anschuldigungen einer „Einmischung von außen“ und Daten aus voreingenommenen Studien darstellt²⁰, wurde von mehreren brasilianischen Politikern wie den ehemaligen Ministern Ricardo Salles (Umwelt) und Ernesto Araújo (Außenbeziehungen) und der Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina Correa aufgegriffen: „Sie [die Europäer] denken, dass die brasilianische Landwirtschaft sehr wettbewerbsfähig ist. Und das ist sie auch, aber sie werden nicht erfolgreich sein, indem sie das Image Brasiliens zerstören“, sagte Correa während eines offiziellen Besuchs in Indien. „Brasilien wurde verunglimpft, man hat uns eine Zielscheibe auf den Rücken gelegt und die Leute schießen auf uns.“.

Dieser Regierungs-Diskurs ignoriert wissenschaftliche Beweise, die einen Zusammenhang von Agrarproduktion und Abholzung belegen. Eine im vergangenen Jahr in der Zeitschrift Science veröffentlichte Studie einer Gruppe brasilianischer und europäischer Forscher weist darauf hin, dass, obwohl der Großteil der brasilianischen landwirtschaftlichen Produktion frei von Abholzung ist, etwa 20 % der Sojaexporte und mindestens 17 % der Fleischexporte in die EU aufgrund von Lücken in der Rückverfolgbarkeit in illegale Abholzung verwickelt sein könnten. Die meisten Warnungen im Zusammenhang mit möglichen Unregelmäßigkeiten (62 %) stammen von nur 2 % der ländlichen Grundstücke.²² Eine andere Arbeit, die vom Amazonas Institut für Mensch und Umwelt des Amazonasgebiets (Instituto do Homem e do Meio Ambiente da Amazônia - Imazon) veröffentlicht wurde, zeigt, dass in einem Szenario mit größerer Handelselastizität und geringerer Bodenordnungspolitik die zusätzliche Entwaldung, die durch das EU-Mercosur-Abkommen verursacht werden könnte, 260 Tausend Hektar in den Mercosur-Ländern erreichen könnte. Der größte Teil dieser Landnutzungsänderung (55 %) wird voraussichtlich in Brasilien stattfinden und könnte auf sensible Gebiete wie indigenes Land und Naturschutzgebiete übergreifen.²³





Organisationen beklagen Menschenrechtsverletzungen

Gut zwei Jahre sind mittlerweile seit der Unterzeichnung des EU-Mercosur-Abkommens am 28. Juni 2019 vergangen. In dieser kurzen Zeitspanne kam es zur größten Welle von Rückschlägen bei den sozialen Rechten und Umweltgesetzen in Brasilien in den letzten 30 Jahren.

Die Bilder von den Bränden und der Zerstörung im Amazonasgebiet, im Cerrado und im Pantanal sind die sichtbarste Auswirkung der Tragödie, die die traditionellen Völker erleben. Hinter der Zerstörung steht eine politische Agenda, die von Bolsonaros Regierung geschickt geplant wurde. Von Haushaltskürzungen zur Bekämpfung von Entwaldung und Waldbränden bis zur Abschaffung des Sekretariats für den Klimawandel, von der Privatisierung von Nationalparks und Naturschutzeinheiten bis zur Besetzung technischer Positionen mit unerfahrenem Militärpersonal.²⁴ Das Abholzungsprojekt schreitet zügig voran und findet Unterstützung im brasilianischen Parlament, wo die Agrarlobby freie Hand hat, ihre Interessen durchzusetzen.

In den letzten Monaten wurde eine Reihe von Gesetzesentwürfen zur Änderung von Umwelt- und Menschenrechtsvorschriften eingebracht und im Eiltempo verabschiedet. Unter dem Vorwand der COVID-19-Pandemie durchlaufen die Gesetzesentwürfe nicht die Ausschüsse, und es wird keine Zeit für öffentliche Anhörungen eingeräumt. Dies gilt zum Beispiel für das Gesetz Nr. 2.633/2020, das die irreguläre Aneignung von Land durch eine bloße Eintragung in das ländliche Umweltregister „Cadastro Ambiental Rural“ (CAR) legalisieren soll. Über CAR wurden und werden Besitztitel auf Land registriert, auf das der Registrierende eigentlich gar keinen Anspruch erheben könnte: auf öffentliches Land.²⁵ Der Gesetzesentwurf wurde nach einem Blitzverfahren in der Abgeordnetenversammlung angenommen und wartet nun auf die Abstimmung im Senat, wo ein damit zusammenhängender Vorschlag, der die Frist für die Legalisierung von besetztem öffentlichem Land von 2008

auf 2014 verlängert, ebenfalls zur Debatte steht. Beide Vorschläge gehen auf eine vorläufige Maßnahme zurück, die Bolsonaro 2019 unterzeichnet hatte und die vor der Abstimmung bereits ihre Gültigkeit verloren hatte.

„Die bloße Ankündigung dieses Gesetzes hat ausgereicht, um eine Zunahme der Invasionen von indigenem Land zu bewirken“, sagt Dinamam Tuxá, Exekutivkoordinator der Vereinigung der indigenen Völker Brasiliens (Articulação dos Povos Indígenas do Brasil - APIB). „Einige Leute sehen sich durch ein Gesetz, das eine Legalisierung von irregulär angeeignetem Land vorsieht, dazu ermächtigt, neue Invasionen vorzunehmen. Dies geschieht bereits mit der Invasion von indigenem Land im Bundesstaat Pará und im brasilianischen Amazonasgebiet.“

Die Kommerzialisierung und Öffnung indigener Gebiete für den Agrarsektor steht auch im Mittelpunkt von zwei weiteren Gesetzesentwürfen: Der erste, der Gesetzesentwurf Nr. 490/2007, schränkt die Demarkierung von indigenem Land ein, indem er die These der „zeitlichen Markierung“ aufstellt. Sie besagt, dass die Abgrenzung nur in Gebieten erfolgen kann, in denen es Beweise für die traditionelle Besetzung durch indigene Völker vor dem 5. Oktober 1988, dem Datum der Verkündung der brasilianischen Verfassung, gibt. Diese These wird von den indigenen Völkern als verfassungswidrig angesehen und ist Gegenstand eines Verfahrens vor dem Obersten Gerichtshof, das über die Zukunft von Hunderten von Gebieten entscheiden kann.

Der zweite Entwurf ist das Gesetz Nr. 191/2020, ein Initiativprojekt der Regierung Bolsonaro, das Bergbauaktivitäten auf indigenem Land legalisiert. Der illegale Bergbau war einer der Hauptstreitpunkte zwischen den Unterhändlern des EU-Mercosur-Abkommens. Allein in den letzten 10 Jahren sind nach einer Erhebung des Map-Biomass-Projekts die von illegalem Bergbau besetzten Flä-

chen auf indigenem Land um 495 % gestiegen, insbesondere in den Kayapó- (7.602 ha) und Munduruku-Gebieten (1.592 ha) im Bundesstaat Pará und im Yanomami-Gebiet (414 ha) zwischen den Bundesstaaten Amazonas und Roraima.²⁶ Im letztgenannten Gebiet kam es zwischen Mai und Juni zu einer Reihe von Überfällen von Bergleuten in der Region Palimíu, die Tränengasgranaten warfen und auf die Gemeinde schossen.²⁷

Nach Ansicht von Antônio Eduardo Cerqueira de Oliveira, Exekutivsekretär des Indigenen Missionsrates (Cimi), könnte das Handelsabkommen für die indigenen Gemeinschaften äußerst schädlich werden, wenn dessen Bestimmungen nicht überarbeitet werden:

“Wir haben mit zwei Beratern aus der EU gesprochen. Es gab Bedenken einiger Länder, die uns anhören wollten. Wir brachten unsere Kritik an nicht überprüften Aspekten der Demarkierung [der indigenen Territorien] und der verfassungsmäßigen Rechte der indigenen Völker vor. Die EU-Berater sagten, dass in Bezug auf den Handel selbst leider nicht viel getan werden könne. Die indigenen Gemeinschaften sind besorgt in Bezug auf die Legalisierung ihrer Landflächen und die Nutzung der Territorien. Es gibt Videos von lokalen Bergleuten und Geschäftsleuten, die sagen, dass sich die Situation unter Bolsonaro geändert hat. Dass sie jetzt die Regeln bestimmen. Dass es keine indigenen Rechte mehr gibt.”

Antônio Eduardo Cerqueira de Oliveira, Cimi

Auch in Paraguay, wo die sozialen Bewegungen eine Beschleunigung der Landinvasionen durch die örtlichen Großgrundbesitzer befürchten, ist Gewalt eine ständige Bedrohung. „In Paraguay gibt es eine parallele Sicherheitsstruktur, die von paramilitärischen Truppen gebildet wird“, sagt Perla Álvarez, Mitglied der Nationalen Koordination der ländlichen und indigenen Frauenorganisationen Paraguays (CONAMURI) und der Vía Campesina. „Es handelt sich um die Vorarbeiter der Unternehmen, die oft mit dem Einverständnis der Polizei als Ordnungshüter für die Großgrundbesitzer agieren“, sagt sie. „Viele sind Brasilianer“. Mit der prognostizierten Ausweitung der Weideflächen für die Rindfleischproduktion und der Sojaplantagen als Folge der expandierenden Märkte in der Europäischen Union erwartet CONAMURI eine Zunahme der Gewalt aufgrund von Landkonflikten:

“Ein Abkommen, bei dem die Bäuerinnen Paraguays nicht konsultiert werden, beeinträchtigt das Leben der paraguayischen Familien, die Gesundheit der Kinder und der älteren Menschen und verletzt die

individuellen Rechte der Frauen selbst, die neben der Bewirtschaftung ihres Landes auch für ihre Gesundheit und ihre Kinder sorgen müssen. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft wird von den Frauen getragen. Sie sind diejenigen, die die Nahrungsmittel produzieren. Deshalb sind sie bei Landkonflikten die Zielscheibe.”

Perla Álvarez, Conamuri

Die gleiche Sackgasse erleben die Bauern und Kleinbauern in Brasilien. Seit 2019 versucht die Regierung, die Bedingungen für den Kauf und Verkauf von Land in Agrarreformsiedlungen zu lockern. „Die Agrarreform ist für Menschen, die das Land brauchen, für Menschen mit geringem Einkommen. Nicht für opportunistische Leute“, betont Kelli Mafort, Mitglied der nationalen Koordination der Bewegung der landlosen Arbeiter (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra - MST). „Sie wollen den Menschen [individuelle] Eigentumsurkunden vorschreiben, damit sie dieses Land besitzen und verkaufen oder für Bankgeschäfte nutzen können.“

Im Dezember 2019, einige Monate nach der Ankündigung des EU-Mercosur-Abkommens, trafen sich Vertreter schwarzer ländlicher Gemeinden und Menschenrechtsaktivisten in Brüssel mit Mitgliedern der brasilianischen Delegation des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Die Gruppe, die aus Mitgliedern der Schwarzen Koalition für Menschenrechte (Coalizão Negra Por Direitos) und der Nationalen Koordination der schwarzen ländlichen Quilombola-Gemeinden (Coordenação Nacional das Comunidades Rurais Negras Quilombolas - CONAQ) bestand, setzte sich für die Aufnahme von Klauseln ein, die das Selbstbestimmungsrecht der Schwarzen schützen und die Autonomie der Quilombola-Territorien in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gewährleisten. Ziel ist es, Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden, die durch das Fehlen einer vorherigen Konsultation der betroffenen Gemeinschaften verursacht werden, wie im Fall der Errichtung des Alcantara Space Center im Bundesstaat Maranhão.²⁸ Das EU-Mercosur-Abkommen sieht jedoch keine Instrumente zur vorherigen Konsultation vor. Forderungen der schwarzen Quilombola sind im Grundlagentext des Abkommens nach wie vor nicht vorgesehen.

„Dieses Abkommen ist ein Projekt der Re-Kolonisierung Lateinamerikas“, sagt Denildo Rodrigues von der CONAQ. „Europa re-kolonisiert unseren Kontinent und verwandelt uns in einfache Produzenten von Primärgütern“. Der Quilombola-Führer ist der Ansicht, dass das EU-Mercosur-Abkommen von oben nach unten aufgebaut wird, ohne mit der Bevölkerung zu sprechen, um zu erfahren, ob es tragfähig ist oder nicht: „Sobald das Abkommen genehmigt ist, werden die Verstöße zunehmen, weil der Streit um die Infrastruktur und die Agrarindustrie sehr groß ist.“

Expansion der Agrar- industrie bedroht tradi- tionelle Gemeinschaften

Nach Ansicht von Menschenrechtsaktivisten wird das EU-Mercosur-Abkommen zur Zunahme von Konflikten auf dem Lande beitragen. Die Pastorale Landkommission (Comissão Pastoral da Terra - CPT), die mit der katholischen Kirche verbunden ist, hat über emblematische Fälle dieser Ausweitung im Cerrado berichtet. In einem dieser Fälle berichtet die CPT von einer Konfrontation zwischen der Einwohnerversammlung der Gemeinde Melancias im Süden von Piauí gelegenen Kommune Gilbués und den Eigentümern der Großgrundbesitzer Alvorada, Roda de Ferro und Paraíba.

Letztes Jahr, mitten während der COVID-19-Pandemie, wurden die Familien von zwei Baggern überrascht, die ein Gemeindegebiet abholzten. Den Bewohnern zufolge hatte der Besitzer der Fazenda Paraíba, Celso Constantino, Tage zuvor angekündigt, dass er das Gebiet abholzen würde, nachdem es in ein von der Weltbank finanziertes und genehmigtes Projekt zur Grundbesitzregulierung der Regierung von Piauí aufgenommen worden war.²⁹

Schwester Jeanne Bellini, Referentin und Koordinatorin des CPT, ist der Ansicht, dass das Abkommen zwischen der EU und Mercosur der brasilianischen Bevölkerung keinerlei Vorteile bringt. „Die Pandemie hat uns gelehrt, dass wir voneinander abhängig sind und dass das, was in einem Land geschieht, Auswirkungen auf andere Länder hat“, so die Ordensfrau. „Ein Abkommen, das eine Seite stark begünstigt und die andere verhältnismäßig stark benachteiligt, ist kein gutes Abkommen. Die meisten Menschen in Europa erkennen das und wollen soziale Gerechtigkeit für alle.“

Jeanne Bellini, gebürtige US-Amerikanerin und Zeitgenossin von Dorothy Stang - einer Nonne, die für ihren Kampf zur Verteidigung der Bauern ausgezeichnet und 2005 von Großgrundbesitzern in Pará ermordet wurde - betont, dass das Abkommen eine Vision widerspiegelt,



die Lateinamerika zum Rohstoffproduzenten degradiert³⁰ „Das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur wird direkte Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen, die Ernährungssicherheit und die Wirtschaft von Kleinbauern und traditionellen Völkern haben. Durch die Inbesitznahme ihres Landes sind diese Menschen gezwungen, an den Rand der Städte zu ziehen und auf den Kauf von Lebensmitteln angewiesen zu sein. Bauernfamilien, die früher Lebensmittel für die regionalen und lokalen Märkte produzierten, stehen vor dem Nichts“.

Antônio Cerqueira von Cimi nennt das Beispiel von Mato Grosso do Sul, einem Bundesstaat, in dem die Guarani-Völker Kaiowá, Guarany Nandeva und Terena kontinuierlich ihres Territoriums beraubt und vertrieben wurden: „Es ist üblich, dass die Indigenen in die Städte ziehen, um in Fleischverpackungsbetrieben oder in der Apfelernte im Südens des Landes zu arbeiten, wo bei mehreren Gelegenheiten sklavereiähnliche Arbeitsbedingungen festgestellt wurden“.

Dieser territoriale Druck tritt sogar in Regionen auf, in denen die Expansion landwirtschaftlicher Flächen abgeschlossen zu sein scheint, wie etwa im Atlantischen Küstenregenwald. Es handelt sich um ein Biom, das durch ein spezielles Gesetz geschützt ist, was den Prozess der Schwächung der Umweltschutzinstrumente in Brasilien seit der Wahl von Bolsonaro verdeutlicht. „Für den At-



lantischen Wald gibt es ein spezielles Gesetz zu seinem Schutz, und wir müssen sicherstellen, dass er unter den im EU-Mercosur-Abkommen vorgesehenen Umweltnormen berücksichtigt wird“, sagt Luís Fernando Guedes Pinto, Direktor der Stiftung SOS Mata Atlântica.

Da nur noch 12,4 % der ursprünglichen Waldfläche erhalten sind, verbietet das Gesetz über den Atlantischen Küstenregenwald ausdrücklich die Umwandlung der erhaltenen Flächen in Plantagen.³¹ Ein Erlass des Umweltministeriums vertrat jedoch im Jahr 2020 die Auffassung, dass sich diese Gesetzgebung nicht mit dem Forstgesetzbuch überschneiden sollte, das flexiblere Normen für die Umwandlung ursprünglicher Biome in landwirtschaftliche Produktionsflächen enthält. „Wenn sich dieses Verständnis durchsetzt, wäre im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens die Abholzung des Atlantischen Küstenregenwaldes legal und möglich, da der rechtliche Rahmen des Abkommens auf die nationalen Rechtssysteme beschränkt ist“, sagt Pinto. „Es ist wichtig, dass sich die Verhandlungsführer in Europa über mögliche Änderungen in der brasilianischen Umweltgesetzgebung im Klaren sind, die sich auf die Umweltleistungen des Landes nach Inkrafttreten des Abkommens auswirken werden.“

Ein Druck, der auch in Paraguay zu spüren ist. Laut Guillermo Ortega, Forscher bei der NRO Base Investiga-

ciones Sociales, besteht die wichtigste Auswirkung des Abkommens im Land in der Ausdehnung der Sojafelder in der östlichen Region, was auch die Viehzucht im Chaco fördert. „Es ist wie ein mathematische Gleichung: das eine funktioniert nicht ohne das andere“, sagt er. Es ist eine Expansion, die die isoliert lebenden indigenen Gemeinschaften in der Region bedroht.³²

„Die Viehzucht hat sich in die westliche Region verlagert, die Teil des südamerikanischen Trockenwaldgebiets Gran Chaco ist. Dort findet derzeit einer der am stärksten beschleunigten Entwaldungsprozesse der Welt statt“, warnt die NGO Heñói. „Der Chaco beherbergt empfindliche Ökosysteme, die sich nach dem Verlust der ursprünglichen Vegetation schnell in Salzwüsten verwandeln, was die Verfügbarkeit von Trinkwasser für die örtliche Bevölkerung stark beeinträchtigt und den indigenen Völkern, die dieses Gebiet noch bewohnen, die Nahrungs- und Medizinquellen nimmt.“

Der Vormarsch der Agrarindustrie in diesen Gebieten führt auch zu Arbeitsplatzverlusten. „Während auf 5.000 Hektar kleinbäuerlicher Produktion bis zu 817 direkte Arbeitsplätze entstehen können, schafft ein Großgrundbetrieb mit Monokultur nur 37 Arbeitsplätze“, betont Heñói.



Handelsabkommen ebnet den Weg für in Europa produzierte Pestizide

Ein weiteres weithin kritisiertes Thema des EU-Mercosur-Abkommens ist die Einführung „doppelter Standards“ hinsichtlich der Toleranz beim Einsatz von Pestiziden. Die Hauptnutznießer der aktuellen Abkommensbedingungen sind die europäischen Agrarchemiekonzerne. Die deutschen Unternehmen Bayer und BASF, die zu den Unternehmen gehören, die indirekt die parlamentarische Agrobusiness-Front finanzieren, teilen sich etwa 12 % des brasilianischen Pestizidmarktes.³³ Darüber hinaus ist Brasilien nach Angaben der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) drittgrößter Pestizidverbraucher weltweit nach China und den Vereinigten Staaten.³⁴ Anders als in den EU-Ländern konzentriert sich dieser Verbrauch jedoch hauptsächlich auf hochgefährliche Pestizide (highly hazardous pesticides - HHP), was Brasilien mit einem Anteil von einem Fünftel am weltweiten Handel mit HHP zum größten Markt für diese gefährlichen Produkte macht.³⁵

Brasiliens Hunger nach Pestiziden wird durch den gigantischen Anbau von gentechnisch veränderten (GV) Pflanzen angetrieben. Mit 50,2 Millionen Hektar Biotech-Kulturen hat das Land nach den USA die zweitgrößte GO-Anbaufläche der Welt. Nahezu 97 % der gesamten brasilianischen Sojaproduktion besteht aus gentechnisch verändertem Saatgut, bei Mais und Baumwolle ist der Anteil ähnlich hoch.³⁶

„Das von der Europäischen Union so geschätzte Vorsorgeprinzip wird hier nicht angewandt“, sagt die Politikwissenschaftlerin Maureen Santos, Koordinatorin der nationalen Beratungsgruppe der brasilianischen NRO FASE. „Dies führt zu einer Zweiteilung der Bürger: diejenigen aus dem Süden, die Produkte von geringerer Qualität konsumieren werden, die kontaminiert und weniger nachhaltig sind, und diejenigen aus der EU, die sichere und geschützte Produkte haben werden, weil sie strengen Rechtsvorschriften unterliegen.“

Eine ähnliche Situation ist auf der anderen Seite der Grenze in Paraguay zu beobachten. „Es gibt eine Men-





schenrechtsfrage, die normalerweise nicht mit den kollektiven Rechten in Verbindung gebracht wird“, betont Perla Álvarez von CONAMURI. „Normalerweise wird davon ausgegangen, dass Menschenrechte eine Angelegenheit sind, die individuell ausgeübt wird. Aber wir sehen die Notwendigkeit, die Frage der kollektiven Rechte zu vertiefen. Das Entwicklungsmodell der Agrarindustrie wirkt sich kollektiv auf Gemeinschaften, indigene Völker und Kleinbauern aus.“

Der paraguayische Aktivist Guillhermo Ortega von der NRO Base Investigaciones Sociales führt das Beispiel der Pestizide an: „Der intensive Einsatz von Giften führt zu einem Phänomen, das als Abdrift bezeichnet wird. Das bedeutet eine Ausbreitung der Substanzen über den Boden, das Wasser, den Wind und den Regen, und zwar in die Gebiete hinein, die wir kontrollieren wollen. Dies verletzt unser kollektives Recht, in einer gesunden Umwelt zu leben, denn die unmittelbare Wirkung von Pestiziden beeinträchtigt die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern.“

„Es gibt eine sichtbare Zunahme von Hautproblemen, Allergien und einen Anstieg der Leukämieraten bei Kindern und Jugendlichen“, sagt Ortega. „Im Allgemeinen handelt es sich um Kinder, die in der Nähe von Sojaplantagen leben oder zur Schule gehen. Insgesamt haben wir 99 Schulen gefunden, die den Auswirkungen des Sprühens aus der Luft ausgesetzt sind“, fügt er hinzu.³⁷

„Obwohl der Vertrag die Einhaltung von Umweltstandards vorschreibt, betrachten wir die Menschenrechte als leere Versprechen auf dem Papier, weil die Geschäftsleute sie überhaupt nicht respektieren“, sagt Ortega. „Eine der Vorkehrungen, die getroffen werden müssen, ist die Gewährleistung der Sicherheit der Wasserquellen. Die Gemeinden sollten innerhalb eines Sicherheitsstreifens von 100 Metern von den Anbauflächen geschützt werden, um zu verhindern, dass beim Versprühen giftiger Produkte die Menschen getroffen werden, die in diesem Bereich leben.“

Wissenschaftler kritisieren fehlende Durchsetzungsmassnahmen

Im Februar 2021 übermittelte eine Gruppe von 11 brasilianischen und europäischen Forschern ein Dokument an Brüssel, in dem sie die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Handelsvertrag forderten. Sie argumentierten, dass der 2019 vereinbarte Grundlagentext die Forderungen von Umweltgruppen ignoriere, den Druck durch die Agrarindustrie auf die wichtigsten Biome Brasiliens auszuschließen.

„Die schlimmste Phase der Entwaldung fand nach 2019 statt, als der Grundlagentext des Abkommens unterzeichnet wurde“, schätzt einer dieser Wissenschaftler, Carlos Rittl, Gastforscher am Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam und ehemaliger Exekutivsekretär der Klimabeobachtungsstelle. „Wenn der Text gut genug wäre, hätte sich der Lauf der Dinge in Brasilien bereits radikal geändert.“

Rittl weist darauf hin, dass neben den direkten Umweltschäden, die durch den Druck der Agrarindustrie auf die Biome entstehen, eine der großen Gefahren des Abkommens darin besteht, dass es zu einer Art „grünem Stempel“ für Bolsonaros Umweltpolitik wird. „Das Abkommen selbst wird als Bestätigung dienen, als Vertrauensbeweis der Europäischen Union, dass Brasilien seine Nachhaltigkeitsversprechen einhält und einhalten wird - auch wenn wir sehen, dass sich das Land in eine völlig entgegengesetzte Richtung bewegt.“

„Es ist ein zahnloses Abkommen“, fasst Maureen Santos vom FASE zusammen. „Die Umweltschutzgarantien sind unzureichend und sehen keine wirksamen Mechanismen zur Rückverfolgbarkeit der Herkunft der Produkte vor, die eine Zertifizierung der Nachhaltigkeit gewährleisten könnten. Die Tatsache, dass der Vertrag Quoten für die Ausweitung der Fleischexporte und der mit der Sojaindustrie verbundenen Produkte vorsieht, gibt ebenfalls Anlass zur Furcht, da dies eine Zunahme des Einsatzes von Agrarchemikalien bedeutet.“

“Eine unserer Sorgen ist, dass das Abkommen keine Sanktionen vorsieht. Diese werden im Kapitel Handel und nachhaltige Entwicklung nicht erwähnt. Der Text sieht diese Mechanismen nicht vor, ebenso wenig wie Streitbeilegungs- und Schlichtungsregeln. Das Abkommen muss dazu dienen, den bestehenden Rechtsrahmen zu stärken, und nicht dazu, dass die Europäische Union den Abbau der Umweltpolitik durch die brasilianische Regierung gutheißt, was auch Auswirkungen auf die anderen Mercosur-Länder hätte.”

Maureen Santos, FASE

„Obwohl das Abkommen ein ganzes Kapitel dem Handel und der nachhaltigen Entwicklung gewidmet hat, gibt es auf dem Papier keine Mechanismen, die deren Einhaltung garantieren“, analysiert Rittl. „Es fehlt die Verpflichtung ökologische Rückschritte auszuschliessen, zur Achtung der Rechte und zum Schutz indigener Völker, zur vollständigen Umsetzung des Pariser Abkommens durch alle Unterzeichnerstaaten und zur Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Überwachung der Umsetzung des Abkommens. Auf dem Papier sieht alles sehr schön aus, aber bei dieser Art von Abkommen fehlt die so genannte Durchsetzung - die Garantie, dass jedes Land die vereinbarten Verpflichtungen einhält, um in den Genuss der Vorteile des Abkommens zu kommen.“

Im Dezember 2020 veröffentlichten 106 Organisationen, die sich in der „Brasilianischen Gruppe der Zivilgesellschaft gegen das EU-Mercosur-Abkommen“ zusammengeschlossen haben, ein Manifest, in dem sie die ausgehandelten Bedingungen ablehnen³⁸. Laut der Gruppe werden diese Bedingungen „erhebliche sozioökonomische, arbeitsrechtliche, landschaftliche, territoriale, ökologische und klimatische Auswirkungen für Brasilien und die anderen Mercosur-Länder haben. (...) Durch den Tausch von landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffen gegen Industrieprodukte mit höherem Mehrwert fördert das Abkommen die Vertiefung der De-Industrialisierung, die Primärisierung der Wirtschaft sowie die Währungs- und Steuerflucht in den Mercosur-Ländern“.



Quellenangaben

- 1 GRAIN (2021) EFTA-Mercosur: another low blow to climate, peoples' rights and food sovereignty. May 5, 2021. <https://grain.org/en/article/6662-efta-mercotur-another-low-blow-to-climate-peoples-rights-and-food-sovereignty>
- 2 Moreno, A.C. (2019). Desmatamento na Amazônia em junho é 88% maior do que no mesmo período de 2018. G1, Jul. 3, 2019. <https://g1.globo.com/natureza/noticia/2019/07/03/desmatamento-na-amazonia-em-junho-e-88percent-maior-do-que-no-mesmo-periodo-de-2018.ghtml>
- 3 European Commission. (2021) Ombudsman: Sustainability assessment should have been completed before EU-Mercosur trade deal agreed by negotiators. Mar. 18, 2021. <https://www.ombudsman.europa.eu/pt/press-release/en/139425>
- 4 Forero, J.; Luhnow, D. (2019) The Left's 'Pink Tide' in Latin America Is Receding. The Wall Street Journal, Dec. 19, 2019 <https://www.wsj.com/articles/the-leftist-pink-tide-in-latin-america-is-receding-11576772757>
- 5 Grieger, G. (2019) The trade pillar of the EU-Mercosur Association Agreement. European Parliamentary Research Service (EPRS), PE 640.138, August 2019. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/640138/EPRS_BRI\(2019\)640138_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/640138/EPRS_BRI(2019)640138_EN.pdf)
- 6 Castilho, A. L. (2017) Frente Parlamentar da Agropecuária compôs 50% dos votos do impeachment e 51% dos votos para manter Temer. De Olho nos Ruralistas, Sep. 25, 2017 <https://deolhonosruralistas.com.br/2017/09/25/frente-parlamentar-da-agropecuaria-compos-50-dos-votos-do-impeachment-e-51-dos-votos-para-manter-temer/>
- 7 Carvalho, I. (2018) Bancada ruralista já emplacou sete deputados no governo Bolsonaro. De Olho nos Ruralistas, Nov. 30, 2018 <https://deolhonosruralistas.com.br/2018/11/30/bancada-ruralista-ja-emplacou-sete-deputados-no-governo-bolsonaro/>
- 8 Bassi, B. S. Cooperativas encabeçadas por brasileiros protagonizaram impeachment de Lugo. De Olho nos Ruralistas, Aug. 26, 2018 <https://deolhonosruralistas.com.br/deolhonoparaguai/2018/08/26/cooperativas-encabecadas-por-brasileiros-protagonizaram-impeachment-de-lugo/>
- 9 Heath, M. (2019) Apoyo de agro argentino a Macri cruje de cara a elecciones presidenciales. Reuters, Apr. 22, 2019 <https://www.reuters.com/article/politica-argentina-elecciones-idLTAKCN1RYOWT>
- 10 Lemos, H. (2021) "Vemos un gobierno que atiende nuestros reclamos." El País Rurales, Jul. 3, 2021. <https://rurales.elpais.com.uy/gremiales/vemos-un-gobierno-que-atiende-nuestros-reclamos>
- 11 Confederação da Agricultura e Pecuária do Brasil (2021) <https://www.cnabrazil.org.br/>
- 12 Conexão TO. (2013) Senadora Kátia Abreu abre escritório da CNA junto à União Europeia em Bruxelas. Jun. 20, 2013 <https://conexaoto.com.br/2013/06/20/senadora-katia-abreu-abre-escritorio-da-cna-junto-a-uniao-europeia-em-bruxelas>
- 13 Agência Estado. (2013) CNA: Mercosul trava comércio com União Europeia. Jun. 19, 2013. <https://www.gazetadopovo.com.br/economia/cna-mercotur-trava-comercio-com-uniao-europeia-06veltyjcrpuq1uv7x3u4hy6m/>
- 14 Confederação da Agricultura e Pecuária do Brasil. (2019) Aliança Agrobrazil comemora acordo entre Mercosul e União Europeia. Jul. 2, 2019 <https://www.cnabrazil.org.br/noticias/alianza-agrobrazil-comemora-acordo-entre-mercotur-e-uniao-europeia>
- 15 Arroyo, P. (2019) Multinacionais são financiadoras ocultas da Frente Parlamentar da Agropecuária. May. 21, 2019. <https://deolhonosruralistas.com.br/2019/05/21/multinacionais-sao-financiadoras-ocultas-da-frente-parlamentar-da-agropecuaria/>
- 16 Fakebook.eco (2021) Dado espalhado por ruralistas sobre prejuízo com demarcação indígena vem de estudo secreto. Aug. 27, 2021. <https://fakebook.eco.br/dado-espalhado-por-ruralistas-sobre-prejuizo-com-demarcacao-indigena-vem-de-estudo-secreto/>
- 17 AgroSaber (2021). <https://agrosaber.com.br/>
- 18 Agência FPA. (2019) FPA recebe presidente da Apex-Brasil para debater imagem dos produtos brasileiros no exterior. Nov. 26, 2019. <https://agencia.fpagropecuaria.org.br/2019/11/26/fpa-recebe-presidente-da-apex-brasil-para-debater-imagem-dos-produtos-brasileiros-no-exterior/>
- 19 Fundação Alexandre de Gusmão (2021). Alocução do Ministro das Relações Exteriores, Embaixador Ernesto Araújo, em videoconferência organizada pela Frente Parlamentar Agropecuária – FPA. Mar. 2, 2021 <https://funag.gov.br/index.php/pt-br/2015-02-12-19-38-42/3715>

- 20 Schreiber, M. (2019) Cientistas questionam 'guru ambiental de Bolsonaro' que coloca Brasil como líder em preservação. Jul. 23, 2019. <https://www.bbc.com/portuguese/brasil-49081586>
- 21 Agência Estado. (2020) Na Índia, Tereza Cristina diz que agricultura brasileira não é vilã. Jan. 26, 2020. https://www.correiobraziliense.com.br/app/noticia/economia/2020/01/26/internas_economia,823861/na-india-tereza-cristina-diz-que-agricultura-brasileira-nao-e-vila.shtml
- 22 Rajão, R.; Soares-Filho, B.; Nunes, F. (2020) The rotten apples of Brazil's agribusiness: Brazil's inability to tackle illegal deforestation puts the future of its agribusiness at risk. *Science* 369 (6501), 246-248. DOI: 10.1126/science.aba664
- 23 Amazon Institute of People and the Environment. (2020) Is the EU-MERCOSUR trade agreement deforestation-proof? https://amazon.org.br/wp-content/uploads/2020/11/mercoulue_en_imazon.pdf
- 24 Menegassi, D. (2021) Ministério do Meio Ambiente tem menor orçamento das últimas duas décadas. Jan. 24, 2021. <https://www.oeco.org.br/noticias/ministerio-do-meio-ambiente-tem-menor-orcamento-das-ultimas-duas-decadas/>
- 25 Instituto Socioambiental. (2021) Conexões entre o CAR, desmatamento e o roubo de terras em áreas protegidas e florestas públicas. Abril 2021. https://www.socioambiental.org/sites/blog.socioambiental.org/files/nsa/arquivos/nt_isa_conexoes_car_desmatamento_grilagem.pdf
- 26 MapBiomass. (2021) Área ocupada pela mineração no Brasil cresce mais de 6 vezes entre 1985 e 2020 <https://mapbiomas.org/area-ocupada-pela-mineracao-no-brasil-cresce-mais-de-6-vezes-entre-1985-e-2020>
- 27 Rede Amazônica. (2021) Garimpeiros jogam bombas em comunidade na região alvo de ataques na Terra Yanomami, diz Associação. Jun. 8, 2021. <https://g1.globo.com/rr/roraima/noticia/2021/06/08/garimpeiros-jogam-bombas-em-comunidade-na-regiao-alvo-de-ataques-na-terra-yanomami-diz-associacao.ghtml>
- 28 Justiça Global. (2019) Texto base do protocolo comunitário sobre consulta e consentimento prévio, livre e informado das comunidades quilombolas do território étnico de Alcântara/MA. http://www.global.org.br/wp-content/uploads/2020/03/Protocolo_Alcantara_web_final.pdf
- 29 Comissão Pastoral da Terra. (2020) Nota Pública: Os conflitos no campo não param no sul do Piauí. May. 9, 2020. <https://www.cptnacional.org.br/publicacoes/noticias/articulacao-cpt-s-do-cerrado/5195-nota-publica-os-conflitos-no-campo-nao-param-no-sul-do-piaui>
- 30 Fritz, T. (2020) Risks to Climate Protection and Human Rights. Misereor, Greenpeace & CIDSE. <https://www.cidse.org/wp-content/uploads/2020/06/Study-EU-Mercosur-Agreement-Risks-to-Climate-Protection-and-Human-Rights....pdf>
- 31 Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais. (2019) SOS Mata Atlântica e INPE lançam novos dados do Atlas do bioma. May. 23, 2019. http://www.inpe.br/noticias/noticia.php?Cod_Noticia=5115
- 32 Earthsight. (2020) Grand Theft Chaco: the luxury cars made with leather from the stolen lands of an uncontacted tribe <https://www.earthsight.org.uk/grandtheftchaco-en>
- 33 Greenpeace. (2020) EU-Mercosur: Double standards concerning agrotoxics https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/eu_mercosur_double_standards_concerning_agrotoxics_2020.pdf
- 34 FAOSTAT (2020). Pesticides use. <http://www.fao.org/faostat/en/#data/RP/visualize>
- 35 Greenpeace. (2020) Unearthed. Soya, corn and cotton make Brazil world leader for hazardous pesticides. <https://unearthed.greenpeace.org/2020/02/20/brazil-pesticides-soya-corn-cotton-hazardous-croplife/>
- 36 International Service for the Acquisition of Agri-biotech Applications (ISAAA). Global Status of Commercialized Biotech/GM Crops in 2017: Biotech Crop Adoption Surges as Economic Benefits Accumulate in 22 Years. ISAAA Brief No. 53. ISAAA: Ithaca, New York.
- 37 Base Investigaciones Sociales. Escuelas rurales fumigadas en Paraguay (2020). <https://www.baseis.org.py/presentan-libro-sobre-escuelas-rurales-fumigadas-en-paraguay/>
- 38 Front of Brazilian civil society organizations against the Mercosur-EU agreement (2020) <https://www.bilaterals.org/?front-of-brazilian-civil-society&lang=en>



Rettet den Regenwald e.V.

Herausgeber

Rettet den Regenwald e.V.
Jupiterweg 15
22391 Hamburg
Tel: +49 40 41 03 804
Fax: +49 40 45 00 144

buero@regenwald.org
www.regenwald.org



Projektpartner

Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika (FDCL)
Gneisenastr.2a *
Im Mehringhof *
D-10961 Berlin
info@fdcl.org
www.fdcl.org



Co-Autor

De Olho nos Ruralistas |
Agribusiness Watch
Rua Araújo, 124 - República -
São Paulo, SP - Brazil

Phone: +55 11 970242614
bruno@deolhonosruralistas.com.br
<https://deolhonosruralistas.com.br>